

Deutscher Falkenorden

Bund für Falknerei, Greifvogelschutz und Greifvogelkunde e.V.
Anerkannter Naturschutzverband nach § 3 UmwRG | Gegründet 1921



Wahlprüfsteine des Deutschen Falkenordens zur Bundestagswahl 2021

Untenstehend finden Sie eine Zusammenfassung der eingegangenen Antworten auf unsere Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl 2021. Angeschrieben wurden CDU, SPD, FDP, Die Grünen, Die Linke und die AFD. Acht Fragen von je maximal 300 Zeichen waren erlaubt.

Die Einzel-Stellungnahmen der Parteien finden sie auf unserer Homepage unter diesem link: <https://d-f-o.de/newslesen-startseite/unsere-wahlpruefsteine.html>

Frage 1 - Falknerei als Kulturform: Falknerei/Beizjagd in Deutschland ist UNESCO-anerkanntes immaterielles Kulturerbe der Menschheit, natürlichste Jagdart, einzigartige Mensch-Tier-Beziehung. FalknerInnen müssen das Bestehen der Jäger- und Falknerprüfung nachweisen. Wie wird Ihre Partei Falknerei als Kulturform erhalten und fördern?



CDU und CSU stehen zur Beizjagd als eine alte und sehr traditionsreiche Jagdart. Sie gehört zum reichen kulturellen Erbe unseres Landes. Das Besondere ist das enge Vertrauensverhältnis und das gemeinsame Agieren von Mensch und Tier. Bei der Falknerei geht es nicht nur um die Jagd, sondern auch um die Zucht, das Abrichten und die Haltung der Tiere. Wir wollen die Falknerei erhalten und werden sie weiterhin unterstützen. Das gilt auch für die Arbeit der Verbände des Deutschen Falkenordens, denn ohne die ehrenamtliche Vereinsarbeit wäre die Falknerei, die sehr viel Wissen und Können erfordert, nicht möglich. Wir haben uns in der Vergangenheit erfolgreich dafür eingesetzt, dass die Falknerei in die repräsentative Liste des Immateriellen Kulturerbes aufgenommen wurde. Damit stehen der Falknerei die entsprechenden Programme von Bund und Ländern offen.



Die Falknerei ist eine jahrtausendalte Tradition und festes Brauchtum in Deutschland. Die SPD wird unter der Maßgabe des Tierschutzes den Fortbestand der Falknerei als Kulturforum auch weiterhin unterstützen.



Wir GRÜNE wollen eine modernisierte und zeitgemäße Jagd, darunter fällt auch die Beizjagd. Wir wollen das Jagdrecht anpassen, um die gesellschaftliche Akzeptanz der Jagd zu erhöhen und um aktuelle Herausforderungen und geänderten gesellschaftlichen Erwartungen an die Nutzung von und den Umgang mit natürlichen Ressourcen angemessen Rechnung tragen zu können.

Deutscher Falkenorden

Bund für Falknerei, Greifvogelschutz und Greifvogelkunde e.V.
Anerkannter Naturschutzverband nach § 3 UmwRG | Gegründet 1921



Wir Freie Demokraten stehen hinter den zahlreichen Jägerinnen und Jägern und Falknerinnen und Falknern in Deutschland. Sie sind aktive und staatlich geprüfte Naturschützer, deren erstklassige Ausbildung sehr intensiv im Sinne des Natur- und Artenschutzes ist. Bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben braucht die Jägerschaft als eine der größten Naturschutzorganisation vor allem eines: Beinfreiheit. Deshalb setzen wir Freie Demokraten uns für eine selbstbestimmte und eigenverantwortlich betriebene Jagd ein und vertrauen dabei den Jägerinnen und Jägern in unserem Land, die ehrenamtlich und staatlich geprüft mit viel Sachkunde und Zeit unsere Natur schützen, hegen und pflegen. Allein, dass die Falknerei in die nationale Liste des immateriellen Kulturerbes aufgenommen wurde, zeigt, wie schützenswert diese Form der Jagd ist.



Wir wollen die staatlichen Förder- und Unterstützungsprogramme erhalten, die mit dem Ziel des Erhalts bzw. der Wiederansiedlung von Greifvogelbeständen geschaffen wurden und damit auch der Falknerei zugute kommen. Verbessert werden muss hier die Unterstützung der ehrenamtlich Tätigen Falkner*innen.

Frage 2 - Trennung der Rechtskreise: Bei der Beizjagd greifen insbesondere die Rechtskreise Jagd, Arten- und Tierschutz. Das Rechtssystem ist bewährt, es ermöglicht orts- und sachkundigen JägerInnen die Hege des Wildes und Gestaltung der Lebensräume. Setzt sich Ihre Partei dafür ein, die Trennung der Rechtskreise aufrechtzuerhalten?



Das Jagdrecht ist eigenständig und auf Augenhöhe mit dem Naturschutz. CDU und CSU werden dafür sorgen, dass dies so bleibt. Zudem sind Jäger ohnehin Naturschützer. Jede Form der Jagd muss waidgerecht ausgeübt werden und den Tierschutz beachten.



Es gibt durchaus Überschneidungen beim Jagd- und beim Artenschutzrecht; eine strikte Trennung der Rechtskreise existiert nicht. Wichtig ist, dass europäisches Recht europarechtskonform umgesetzt wird.



Das sehen wir GRÜNE auch so. Die Trennung der Rechtskreise wollen wir beibehalten, auch wenn wir z.B. die Liste der jagdbaren Arten im Jagdgesetz anpassen und kürzen wollen.

Deutscher Falkenorden

Bund für Falknerei, Greifvogelschutz und Greifvogelkunde e.V.
Anerkannter Naturschutzverband nach § 3 UmwRG | Gegründet 1921



Jagd und Naturschutz sind verfassungsrechtlich festgelegt getrennte Rechtskreise. Dieses bewährte System wollen wir Freie Demokraten aufrechterhalten, denn der orts- und sachkundigen Jägerschaft wird so die bestmögliche Hege und Gestaltung der Lebensräume des Wildes ermöglicht.



DIE LINKE sieht keinen Grund an der bisherigen Regelung etwas zu verändern.

Frage 3 - Artenvielfalt: Lebensraumverlust und intensive Landwirtschaft reduzieren Artenvielfalt. FalknerInnen wirken mit Schutz- und Hegemaßnahmen entgegen. Welche Maßnahmen ergreift Ihre Partei dagegen und ist sie bereit, bei der Umsetzung der neuen GAP mindestens 30% der Mittel der 1. Säule für Ökoregelungen vorzusehen?



Unser Ziel ist eine vielfältige Agrarlandschaft. Schon heute führen Bäuerinnen und Bauern auf mehr als 10 Prozent der Agrarflächen Maßnahmen zum Schutz der Artenvielfalt aus. Ihre Beiträge zum Natur- und Artenschutz müssen bei zukünftigen politischen Entscheidungen stärker berücksichtigt und auch honoriert werden.

Mit der neuen Gemeinsamen Agrarpolitik der EU wird gemäß dem Kompromiss zwischen europäischem Parlament und Rat ein Anteil von 25 Prozent der Gelder aus der ersten Säule in Umweltmaßnahmen, die sogenannten Eco-Schemes fließen. Dazu kommen die Agrarumweltprogramme der zweiten Säule. Die Maßnahmen werden wir attraktiv ausgestalten. Bei der Umsetzung soll auch das sogenannte Kooperativen-Modell möglich sein, bei dem Landwirte überbetrieblich und in Absprache mit Naturschützern, Jägern und regionaler Wirtschaft agieren können.

Die Ackerbaustrategie des BMEL werden wir zur Steigerung der Agrobiodiversität und vielfältiger Fruchtfolgen praxisbezogen weiterentwickeln.

Landwirte sollen mit Bewirtschaftungsformen, die auf die Artenvielfalt einzahlen, mit Agroforstsystemen, moorverträglicher Landwirtschaft, blühenden Pflanzen als Substrat für Biogasanlagen oder dem Eiweißpflanzenanbau, Geld verdienen können. Dafür werden wir die Voraussetzungen schaffen.

Deutscher Falkenorden

Bund für Falknerei, Greifvogelschutz und Greifvogelkunde e.V.
Anerkannter Naturschutzverband nach § 3 UmwRG | Gegründet 1921



Die SPD hat sich in den Verhandlungen zur neuen GAP für die Reservierung von 25 % der bisherigen flächengebundenen Direktzahlungen für freiwillige Öko-Regelungen eingesetzt. Eine Erhöhung auf 30 % wird angestrebt. Auch die Umverteilung von der Ersten in die Zweite Säule möchte die SPD mit 15 % voll ausschöpfen.



Unser Ziel ist eine Landwirtschaft, die sich auszeichnet durch Artenvielfalt und Unabhängigkeit von Pestiziden. Die Gemeinsame EU-Agrarpolitik soll hierzu beitragen – statt zur Industrialisierung der Landwirtschaft. Wir GRÜNE wollen eine Reform, welche die Gelder künftig für Klima-, Natur- und Tierschutzmaßnahmen einsetzt. Wir werden die nationalen Spielräume für diese Ziele zu nutzen. Bis 2028 wollen wir für mindestens die Hälfte der Gelder eine solche Zweckbindung erreicht haben.



Wir Freie Demokraten setzen uns für unbürokratische Kooperationen von Landwirten und Jägerinnen und Jägern sowie Naturschutzverbänden ein. Wir wollen Arten- und Naturschutz durch Regulierungen mit Augenmaß statt starrer Auflagen erreichen. Unserer Ansicht nach kann ein ergebnisorientierter Natur- und Artenschutz niemals durch pauschale Verbote oder Bewirtschaftungsauflagen gelingen. Vielmehr liegt der Schlüssel in standortangepassten Konzepten vor Ort. Die Jägerschaft und Landwirte wissen viel besser, welche Maßnahme im jeweiligen Revier zielführend ist, als der Staat es pauschal festlegen kann. So bietet der eigentumsfreundliche Vertragsnaturschutz wirksame Anreize für die Bewahrung und Wiederherstellung strukturreicher Agrarlandschaften und kann das Ausräumen von Feldholzinseln, Alleen, Hecken, Waldmänteln, Strauchgürteln, Blühflächen oder auch insektenreichen Feuchtbiotopen aus der Landschaft verhindern. Das EU-Parlament, die Europäische Kommission und der EU-Ministerrat haben sich im Zuge der Novellierung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) darauf verständigt, dass künftig mindestens 25 Prozent der Direktzahlungen ausschließlich für die neuen Ökoregelungen (Eco-Schemes) verwendet werden. Diese Regelungen wollen wir unbürokratisch ausgestalten, sodass dadurch möglichst viel für den Naturschutz erreicht wird, aber gleichzeitig die Akzeptanz in der Landwirtschaft dafür hoch ist und viele Landwirte die Maßnahmen umsetzen werden.



Ja, DIE LINKE setzt sich für mindestens 30% Öko-Regelung in der 1. Säule ein. Diese müssen aber als Gemeinwohlprämie ausgestaltet und einkommenswirksam honoriert werden, damit auch die soziale Krise in der Landwirtschaft gelöst und die notwendigen Maßnahmen ausreichend dynamisch umgesetzt werden. Gebraucht wird u. a. auch die Stärkung von Agroforstsystemen oder kooperative Umsetzungsmodelle, z. B. mit Landschaftspflegeverbänden. Wichtig ist, dass Agrarbetriebe Verbündete sind oder werden.

Deutscher Falkenorden

Bund für Falknerei, Greifvogelschutz und Greifvogelkunde e.V.
Anerkannter Naturschutzverband nach § 3 UmwRG | Gegründet 1921



Frage 4 - Neonicotinoide: Das Verbot Bienen gefährdender Neonicotinoide wird mit Notfallzulassungen umgangen. Glyphosat schädigt bei Bienen die Darmflora, erhöht die Anfälligkeit für Krankheitserreger und Sterblichkeit. Wird ihre Partei auf Notfallzulassungen verzichten und einen Glyphosat-Verzicht durchsetzen?



CDU und CSU stehen zu einem notwendigen Pflanzenschutz. Ganz klare Voraussetzung ist aber der Schutz der Bienen und der Natur. Deshalb haben wir uns in Brüssel erfolgreich dafür eingesetzt, dass die Anwendung von bienenschädlichen Neonicotinoiden im Freiland verboten wurde. Notfallzulassungen, die aufgrund der starken Verbreitung des gefährlichen Vergilbungsvirus notwendig waren, sind räumlich stark begrenzt und von restriktiven Anwendungsbestimmungen flankiert. Von einer Gefährdung der Bienen und anderen Insekten ist nicht auszugehen. Sobald sich die Situation entspannt hat, wird es keine Notfallzulassung mehr geben.

Die Genehmigung für Glyphosat wird Ende 2022 in der EU auslaufen. Unser Ziel ist es, die Anwendung auch bis 2023 zu beenden. Diese wird bereits im Rahmen unserer Minimierungsstrategie durch die jüngste Novelle der Pflanzenschutz-Anwendungsverordnung (Umsetzung des sogenannten Insektenschutz-Pakets) in der Landwirtschaft stark begrenzt und im Haus- und Kleingartenbereich sowie auf Flächen, die von der Allgemeinheit genutzt werden, untersagt.



Das Verbot von Neonicotinoiden ist europarechtlich vorgeschrieben und selbstverständlich zu beachten. Daher haben wir wiederholt die Bundeslandwirtschaftsministerin aufgefordert, sich auf europäischer Ebene für die Durchsetzung des Verbotes und gegen Wettbewerbsverzerrungen zulasten der deutschen Zuckerrübenanbauer einzusetzen. Da dies bislang keinen Erfolg hatte, haben vom Vergilbungsvirus besonders betroffene Bundesländer Anträge auf Notfallzulassungen von Neonicotinoiden gestellt. Hier hatte das BVL eine Einzelfallabwägung vorzunehmen. Da Zuckerrüben schon vor der Blüte geerntet werden und zudem kaum Beikräuter im Feld eine Weitergabe des Wirkstoffs ermöglichen, wurde das Risiko für Bienen und andere Bestäuber in diesem Fall als äußerst gering eingeschätzt und die Zulassung als Ausnahme erteilt. Wir fordern aber eine deutliche Intensivierung der Forschung, um künftig auf diese Wirkstoffe komplett verzichten zu können. Für das Glyphosatverbot haben unsere Partei und insbesondere Bundesumweltministerin Svenja Schulze lange gekämpft. Der Bundesrat hat am 25. Juni 2021 der Pflanzenschutz-Anwendungsverordnung zugestimmt. Damit wird der Einsatz von Glyphosat bereits jetzt stark eingeschränkt und ab Ende 2023 generell verboten. Dies haben wir durchgesetzt.

Deutscher Falkenorden

Bund für Falknerei, Greifvogelschutz und Greifvogelkunde e.V.
Anerkannter Naturschutzverband nach § 3 UmwRG | Gegründet 1921



Wir GRÜNE wollen den Ausstieg aus der Pestizidabhängigkeit unserer Landwirtschaft schnell und machbar umsetzen: durch eine systematische Pestizidreduktionsstrategie, die Einführung einer Pestizidabgabe, die Beendigung des Einsatzes besonders problematischer Wirkstoffe wie Glyphosat und ein Verbot der Ausbringung von Pestiziden in Natur- und Trinkwasserschutzgebieten. Notfallzulassungen für Neonicotinoide müssen verhindert werden.



Wir Freie Demokraten wollen die Naturschutz- und die Funktion der Nahrungsmittelproduktion der Landwirtschaft stärker in Einklang bringen. Wir setzen darauf, durch technischen Fortschritt sowohl Umweltbelastungen weiter zu verringern als auch einen effizienteren und ressourcenschonenderen Einsatz von Pflanzenschutzmitteln zu ermöglichen. Wir wollen die Umsetzung des Nationalen Aktionsplans zur nachhaltigen Anwendung von Pflanzenschutzmitteln konsequent vorantreiben, denn eine ausreichende Verfügbarkeit von verschiedenen, zielgenauen Mitteln für den Pflanzen- und Vorratsschutz ist für eine verlässliche Versorgung mit sicheren Nahrungsmitteln unverzichtbar. Deshalb wollen wir den Zulassungsprozess von Pflanzenschutzmitteln transparent und rechtssicher ausgestalten. Unser Ziel ist es, dass alleine die Risikobewertungen der zuständigen Behörden als Entscheidungsgrundlage dienen.



Ja. DIE LINKE fordert schon lange ein Verbot von Glyphosat und Neonicotinoiden. DIE LINKE setzt sich für ein unabhängiges, transparentes und strenges Regelwerk für die Zulassung von Pflanzenschutzmitteln nach dem Vorsorgeprinzip ein. Es muss verlässlich verhindert werden, dass gesundheitlich oder ökologisch gefährliche Wirkstoffe überhaupt zugelassen werden. In der EU nicht zugelassene Pestizide und Pestizidwirkstoffe sollen weder in Deutschland produziert noch exportiert werden dürfen. Für eine ambitionierte Pestizidminimierungsstrategie sind die Agrarbetriebe zu unterstützen. Zum Insektenschutz oder besser zum Schutz der biologischen Vielfalt gehört aber noch viel mehr. Gebraucht wird eine insektenfreundliche Landnutzung, zu der insbesondere z. B. auch die Weidetierhaltung gehört. Und letztlich geht es um eine insektenfreundliche Gesellschaft und Lebensweise, zu der alle beitragen müssen.

Deutscher Falkenorden

Bund für Falknerei, Greifvogelschutz und Greifvogelkunde e.V.
Anerkannter Naturschutzverband nach § 3 UmwRG | Gegründet 1921



Frage 5 - Gesetz- und verordnungsgebende Verfahren: Vorschriften zu Greifvögeln oder Eulen werden oft ohne Beteiligung der Falknerverbände erarbeitet. FalknerInnen sind staatlich geprüfte ExpertInnen in Greifvogelkunde, -schutz, -haltung u. -zucht. Wird Ihre Partei bei solchen gesetz- und verordnungsgebenden Verfahren Falknerverbände früh beteiligen?



CDU und CSU schätzen die Expertise der Falknerverbände im Bereich der Wildtierhaltung. Deshalb werden wir sie frühzeitig bei allen einschlägigen Rechtsetzungsvorhaben einbinden. Unser politisches System kennt zahlreiche Möglichkeiten der Mitsprache und Interessenvertretung. Sowohl über Anhörungen im Rahmen von Gesetzgebungsverfahren wie auch über die parlamentarischen Vertreter der im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien sowie allen anderen Parlamenten auf kommunaler, regionaler und Landesebene besteht die Möglichkeit, Positionen vorzubringen und auf Besonderheiten hinzuweisen. Parlament und Regierung sind auf diesen Kontakt angewiesen, nicht nur um Probleme zu erkennen, sondern auch um gemeinsam mit der Bevölkerung sachgerechte Lösungen zu entwickeln. Deshalb setzen wir uns stets für eine breite Beteiligung der Sachverständigen ein.



Wir sind dafür, alle Verbände, die von Gesetzgebungsvorhaben betroffen sind, frühzeitig mit ihrer Expertise einzubinden.



Wir GRÜNE stehen grundsätzlich für Transparenz und eine frühe und breite Beteiligung. Das betrifft alle Vorhaben.



Wir Freie Demokraten setzen uns im Jagdrecht, genauso wie beim Arten- und Naturschutz für Regelungen ein, die den Betroffenen die notwendige Eigenverantwortlichkeit lässt und vertrauen dabei auf die Sachkunde und das Engagement der Jägerschaft als Naturschützer. Bei etwaigen gesetz- und verordnungsgebenden Verfahren werden wir Falkner- und Jagdverbände frühestmöglich beteiligen.



Ja. DIE LINKE bezieht bei Gesetzgebungsverfahren einen möglichst breiten Kreis relevanter Expertinnen und Experten mit ein.

Deutscher Falkenorden

Bund für Falknerei, Greifvogelschutz und Greifvogelkunde e.V.
Anerkannter Naturschutzverband nach § 3 UmwRG | Gegründet 1921



Frage 6 - Großvogelschutz und Windkraftanlagen: Vögel, darunter Seeadler, Schreiadler oder Rotmilane, kollidieren immer wieder mit WKA. So steht Windenergie im Konflikt mit Artenschutz. Ist Ihre Partei bereit, künftig Großvogelschutz bei Planungs-/Genehmigungsverfahren mehr zu berücksichtigen und welche Lösungsansätze hat sie zu diesem Konflikt?



CDU und CSU wollen den Ausbau der Erneuerbaren Energien entscheidend voranbringen. Für die Errichtung von Windkraftanlagen und das Repowering von Anlagen ist für uns deren Naturverträglichkeit sowohl Onshore wie auch Offshore ein großes Anliegen. Als Union haben bereits heute zahlreiche Erkenntnisse in die Genehmigungspraxis einfließen lassen, um ein Miteinander von erneuerbaren Energien und Artenschutz sicherzustellen. Der Großvogelschutz wird daher auch künftig stark im Planungs-/Genehmigungsverfahren zu berücksichtigen sein.



Der Ausbau der erneuerbaren Energien (insbesondere der Windenergie) und der Artenschutz (insbesondere der Vogel- und Fledermausschutz) stehen oft in Konflikt zueinander. Das europäische Artenschutzrecht gibt dem Artenschutz einen hohen Stellenwert. Dies muss bei Genehmigungsverfahren von WKA beachtet werden. Erste Lösungsansätze werden diskutiert, wie z.B. eine automatische Abschaltung der WKA bei Annäherung eines Greifvogels.



Klima- UND Artenschutz sind zentrale grüne Anliegen. Artenschutzbelange müssen schon jetzt bei den Genehmigungen von WEA berücksichtigt werden. Das ist rechtlich geboten. Um Konflikte zwischen Artenschutz und WEA zu minimieren, kommt es auf eine gute Standortplanung an. Daher setzen wir GRÜNE uns für regionale Planungen mit eindeutigen Vorrang- und Ausschlussgebieten ein.



Wir Freie Demokraten wollen die Interessen der Bürgerinnen und Bürger und die Interessen des Arten- und Naturschutzes in der Energiepolitik unterstützen. Sie sollten im Rahmen der Planungs- und Genehmigungsverfahren berücksichtigt werden.



DIE LINKE ist sich bewusst, dass hier teilweise ein Zielkonflikt zwischen Artenschutz und Klimaschutz bzw. Ausbau erneuerbarer Energien bestehen kann. Wir wollen hier technische Lösungen fördern bzw. neue entwickeln lassen. Denn auch der Vogelschutz ist darauf angewiesen, dass der Klimawandel wirksam bekämpft wird.

Deutscher Falkenorden

Bund für Falknerei, Greifvogelschutz und Greifvogelkunde e.V.
Anerkannter Naturschutzverband nach § 3 UmwRG | Gegründet 1921



Frage 7 - Greifvogelauffangstationen: Nur auf ein Leben in Natur vorbereitet darf man verletzt aufgenommene Wildtiere auswildern. Nicht alle Auffangstationen nutzen zur Rehabilitation spezialisierter Greifvögel Falknereifachwissen u. -methoden. Bindet Ihre Partei Anerkennung/Förderung von Auffangstationen an eine nötige Sachkunde?



Auffangstationen für Wildtiere bedürfen in aller Regel einer Genehmigung gemäß Paragraph 11 des Tierschutzgesetzes. Dazu gehört auch ein verpflichtender Sachkundenachweis für die verantwortlichen Personen. CDU und CSU befürworten die Ausweitung des Sachkundenachweises. Bund und Länder sollen gemeinsam die Voraussetzungen und die Organisation der Sachkundeprüfungen festlegen, damit der Erwerb des Sachkundenachweises nach einheitlichen Kriterien erfolgen kann.



Es liegt in der Zuständigkeit der Bundesländer, Betreuungsstationen nach § 45 Abs. 5 Bundesnaturschutzgesetz anzuerkennen. Die Bundesländer benennen auch die Fachbehörden, die für die Anerkennung neuer Stationen zuständig sind und begleiten, zusammen mit den örtlich zuständigen Landkreisen, den Stationsbetrieb. Auch die Bezuschussung des Stationsbetriebs erfolgt mit Landesmitteln und nicht mit Mitteln des Bundes. Es obliegt somit auch den Bundesländern, die Kriterien für die Anerkennung und Förderung der Auffangstationen festzulegen.



Wir GRÜNE halten für alle, die Tiere halten, jeweils entsprechende Sachkundenachweise gemäß den Anforderungen der betreffenden Arten für sinnvoll.



Wir Freie Demokraten wollen das Wissen und die Sachkunde von Falknereien mit ihren artenschutzspezifischen Methoden, welche zur Rehabilitation spezialisierter Greifvögel notwendig sind, bestmöglich mit den Auffangstationen zusammenbringen.



Wir halten es für sinnvoll, dass Personen, die Auffangstationen betreiben, über entsprechende Sachkunde verfügen.

Deutscher Falkenorden

Bund für Falknerei, Greifvogelschutz und Greifvogelkunde e.V.
Anerkannter Naturschutzverband nach § 3 UmwRG | Gegründet 1921



Frage 8 - Wahlgründe: Bitte nennen Sie uns abschließend drei Gründe, warum FalknerInnen Ihre Partei zur Bundestagswahl 2021 wählen sollten.



- CDU und CSU werben um die Stimmen der Falknerinnen und Falkner
- mit unserer großen Wertschätzung für ihre traditionsreiche und kulturell wertvolle Jagdart, die viel Wissen und Können verlangt und sich durch eine einzigartige Arbeit mit den majestätischen Greifvögeln auszeichnet.
 - mit einer Politik, die die Jagd als legitime Form der Nutzung der Natur anerkennt und zu einer tierschutzgerechten Zucht, Haltung und Abrichtung von Greifvögeln steht.
 - mit einer guten Politik für Deutschland und einem Modernisierungsjahrzehnt, das wirtschaftliches Wachstum und Klimaschutz in Einklang bringt und Wohlstand und Lebensqualität für jeden einzelnen und insbesondere die Familien sichert.



Wir setzen uns für Tier- und Artenschutz ein sowie für den Erhalt und Schutz der Natur. Dazu fordern wir eine andere Agrarpolitik, die öffentliches Geld für öffentliche Leistungen bereitstellt, d.h. für mehr Tierwohl, mehr Boden-, Gewässer – und Naturschutz.



Wir GRÜNE setzen uns umfassend für eine intakte Natur ein, die auch Grundlage für gesunde Greifvogelpopulationen ist. Wir stehen für ein Bleiverbot bei der Jagdmunition, die immer noch für viele Greifvögel zur Todesursache wird. Wir haben bei der Energiewende den Artenschutz immer im Blick und finden gute win-win-Lösungen.



Wir Freie Demokraten sehen die Beizjagd als wichtigen Teil des aktiv gelebten Naturschutzes und schätzen die Bewahrung dieses immateriellen UNESCO-Kulturerbes. Wo andere Parteien durch Verbote, Regulierung und falsch verstandenen Natur- und Artenschutz die Jagd als Ganzes immer weiter einschränken und fremdbestimmen wollen, vertrauen wir auf die Sachkunde und das Engagement der Jägerschaft selbst und setzen uns für praxistaugliche Regelungen ein. Gleichzeitig wollen wir die öffentliche Debatte darüber wieder sachorientiert führen, um den Bürgerinnen und Bürgern den ökologischen Nutzen und die Relevanz für den Artenschutz dieser wertvollen Jagdweise nahe zu bringen.

Darüber hinaus gibt es unzählige Gründe, uns Freie Demokraten zu wählen. Dazu zählen unsere Ideen zur umfassenden Modernisierung unseres Landes, um einen echten Aufholwettbewerb zu starten und die Herausforderungen unserer Zeit zu bewältigen.

Deutscher Falkenorden

Bund für Falknerei, Greifvogelschutz und Greifvogelkunde e.V.
Anerkannter Naturschutzverband nach § 3 UmwRG | Gegründet 1921



DIE LINKE.

1. Wir sind die einzige Partei, die konsequent den Menschen vor Profite stellt. Das bedeutet auch, dass wir immaterielle Kulturerbe vor den Einflüssen großer Lobbyverbände schützen werden.
2. Wir betrachten den Umweltschutz als eine wichtige Aufgabe. Wir stehen für die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürger an politischen Prozessen und beziehen Sachverständige und Betroffenen konsequent ein.
3. Wir kämpfen dafür, dass Walderhalt und Waldaufbau in Zeiten des Klimawandels gelingen, ohne dabei wichtige wildökologische Aspekte zu vernachlässigen. Wald und Wild als Ökosystem müssen stärker in die Debatte zur Zukunft einbezogen werden. Die Zukunft des Waldes liegt dabei in vielen Händen: Forstbesitzende, Forstbewirtschaftende und Jägerschaft werden die Aufgaben nur bewältigen können, wenn alle im Interesse eines funktionierenden Waldökosystems denken und handeln. Das zu sichern, ist in unser aller Interesse.